

Verfolgung der „Arbeiter-Stimme“

Wegen des Artikels „Auf der ganzen Linie Front gegen die Bourgeoisie“ in Nr. 123 wurde die sozialistische Verfolgung gegen die „Arbeiter-Stimme“ eingeleitet wegen § 300 St.G. (Aufwiegelung). Der Herr Staatsanwalt wird Gelegenheit haben, die Sache vor dem Geschworenengericht zu vertreten.

des Massendrucks. Denn die Einheitsfront unter den gegebenen Verhältnissen kommt überhaupt nur zustande dadurch, daß die KP durch Massendruck gezwungen wird, die Kampfeinheitsfront zu schließen bei Strafe, große Arbeitermassen sofort an die KP zu verlieren. 14 Tage ließ der Stalinismus ungenützt verstreichen, nicht das geringste hat er getan, um die Massen zum höchsten Druck für die proletarische Einheitsfront, für das Kampfbündnis von SP, KP, Gewerkschaften zu mobilisieren. So kam, was kommen mußte. Die Sozialdemokratischen Parteien, an die Kommunistischen Parteien auftragsgemäß das Einheitsfrontanbot machten, konnten seelenruhig, da kein Massendruck auf sie ausgeübt wurde, ablehnen und dies, obwohl sich der Stalinismus opportunistisch so weit erniedrigt hatte, sogar auf das unumgänglich notwendige Recht der revolutionären Kritik während der Kampfeinheitsfront zu verzichten. Es war nach jeder Richtung hin Einheitsfronttaktik nur von oben, die wir grundsätzlich als Opportunismus verwerfen, bekämpfen.

Und wiederum hatte der Stalinismus den Sozialdemokratischen Parteien, der SI gleich auch die neue Ausrede geliefert. Er hatte das Anbot der SI erwidert mit dem Anbot an die Sozialdemokratischen Parteien, das Anbot an die Sozialdemokratische Internationale aber verbrochenermaßen unterlassen. Nun stellen sich die sozialdemokratischen Verräter hin und erklären, verhandelt könne erst werden, bis das Anbot der KI an die SI vorliegt, die Verantwortung für die Verzögerung falle auf die KI.

Der Stalinismus aber schlägt nun eine Pirouette und schreit, wie wenn nichts geschähe wäre — doch das muß man aus dem Munde Cachsins hören (Humanität 24. März, siehe Rundschau, Seite 173): „Man wärfe der KI Uebertreibung vor, als sie vom Sozialfaschismus sprach! Heute kann man am Beispiel der deutschen Reformisten sehen, daß die KI mit dieser Formulierung den Beweis einer einzigartigen Voraussicht erbracht hat. Was die Stalinbureaucratie freilich nicht hindert, weiter „länderweise“ Einheitsfrontanbote an den „Sozialfaschismus“ zu machen. Der Auswirkung nach betreibt so der Stalinismus eine systematische Kampagne zur Verwirrung der Arbeiter und der Kommunisten. Wie sehr werden die kommunistischen Parteien, wird die Arbeiterschaft dadurch geschwächt, gekümmert. Wie sehr wird dadurch der Klärungs-, der Selbstbesinnungs-, der Prozeß des sich Ermannens des Proletariats erschwert, verzögert! Daß ein Großteil der sozialdemokratischen Bureaucratie vor dem Faschismus kapituliert, ja, daß manche direkt zum Faschismus übergehen, ist kein Beweis für die Richtigkeit des „Sozialfaschismus“. Nach wie vor sind die Sozialdemokratischen Parteien, zwar Verbündete der Bourgeoisie, aber in tödlicher Konkurrenz zum Faschismus. Nach wie vor folgen den Sozialdemokratischen Parteien große Arbeitermassen. Also ist es richtig, daß die KI, daß die KP den „sozialfaschistischen“ Parteien Einheitsfrontanbote machen und falsch bleibt und schädlich die bloßgelegte stalinische Theorie vom „Sozialfaschismus“.

Ist es nicht verbrecherischer Unsinn, daß der Stalinismus die KI gehindert hat und auch heute hindert das Einheitsfrontanbot, das er an die Sozialdemokratischen Parteien in allen Ländern richten ließ, auch an die internationale sozialdemokratische Spitze zu richten, an die SI? Doch dieser Unsinn, dieses Verbrechen hat eine tiefe politische Wurzel. Der Stalinismus hat die Politik

der internationalen proletarischen Revolution seit langen Jahren aufgegeben und sie ersetzt durch national-russisch-reformistische Politik (Aufbau des Sozialismus in einem Land). Dadurch hat er die Kommunistischen Parteien zugrunde gerichtet. Als Ersatz dafür hat er zum Schutz der Sowjetunion mit den kapitalistischen Räuberstaaten abgeschlossen papierene „Antikriegspakte“. Jeder dieser Pakte enthält die sogenannte Propagandaklausel, das heißt, den Verzicht auf die Propaganda in diesen Ländern, wobei die vertragschließenden kapitalistischen Räuber die Antikriegspakte nur unter der Bedingung abgeschlossen haben, daß die Unterzeichnung zwischen Sowjetstaat und Kommunistischer Internationale nicht gilt, daß die bloße Propaganda durch die KI als eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der „vertragschließenden Länder“, also als eine Verletzung der „Nichtangriffspakte“ gilt. Durch seine kleinbürgerlich-pazifistische Politik hat Stalin der Kommunistischen Internationale die Hände gebunden. Der Stalinismus mit seiner nationalrussischen Generallinie will nicht internationale revolutionäre Politik, und darum ist die KI heute gehindert, das zu machen, was unumgänglich notwendig ist für die deutsche Arbeiterklasse, für das Weltproletariat: das sofortige Einheitsfrontanbot an die SI.

Die Stalinbureaucratie will aber doch den Arbeitern und Kommunisten eine internationale Aktion vorschwindeln. Also läßt sie dem grotesken Schwindel des „Amsterdamer Antikriegskongress“ jetzt den noch groteskeren Schwindel eines „Europäischen Antifaschistenkongress“ folgen.

Was ist wichtiger für die deutschen Arbeiter, für die Weltarbeiterklasse, für die Sowjetmacht; die internationale proletarische Kampfeinheitsfront oder Nichtangriffspakte, die Papier sind und Papier bleiben, so lange sie nicht unter sich, hinter sich haben die Massenbewegung der Arbeitermilionen, also heute die international geschlossene proletarische Kampfeinheitsfront? Darf es darüber auch nur eine Sekunde Zweifel, Schwanken geben? Der Fehler, der Verbrecher sind gegen verübt. Schluß damit! Sofortiges Anbot von Internationale zu Internationale, sofortiges Anbot der KI an die SI mit der Bereitschaft vor den Massen zu verhandeln und auf der Grundlage des Rechtes auf gegenseitige Kritik.

Für dieses Anbot, für dieses Aktionsprogramm sofort initiativ hinein in die Massen, sie dafür gewinnen, sie dafür in Bewegung setzen, sie zum äußersten Druck auf die sozialdemokratischen Spitzen bringen! Daran besonders hat es gefehlt. Nicht nur, weil immer mit großer Verspätung, sondern auch, weil verworren, verlogen gehandelt wurde und überspitzt. Nicht darauf kommt es an, sofort die äußersten Lösungen zu stellen; dadurch erschwert man sich selbst die Massenmobilisierung, dadurch erleichtert man es den sozialdemokratischen Spitzen, sich zu drücken. Sondern darauf kommt es an, die Massen zu wenn auch zunächst bescheidenen, so doch ersten, ersten Schritten zu gewinnen auf der Linie des Kampfes in Einheitsfront. Die Ziellosungen, die Kampfmittellosungen müssen unbedingt so gewählt sein, daß sie der jeweiligen Bewußtseinshöhe der sozialdemokratischen Arbeitermassen wirklich entsprechen. Durch die lebendigen Erfahrungen am eigenen Leib im Kampf der Einheitsfront entfaltet sich das Klassenbewußtsein der Massen und erlaubt bei fortgesetzter richtiger Politik der KP, KI die Steigerung der Losungen, ohne daß die sozialdemokratischen Verräter risikolos aus der Kampfeinheitsfront desertieren können.)

Erzwingt die Kampfeinheitsfront!
Wir haben die politische Ursache gezeigt, warum der Stalinismus die KI hin-

*) Hätte z. B. die KPD rechtzeitig unter weitgehender Massenmobilisierung ein Einheitsfrontanbot an die SPD gerichtet für Austritt der Kampflösungen, z. B. für die Kampfeinheitsfront gegen den Faschismus, so hätte die SPD in die Kampfeinheitsfront Massenmobilisierung und bei immer gesteigertem Später, als Braun-Seydewitz im Monate den, bestimmt gelungen, die Kampfeinheitsfront zum Generalstreik, ja, darüber hinaus spätere Machtergreifung durch Hitler verhindern werden, sondern die ganze Entwicklung in Deutschland, ja in Europa, hätte einen entscheidenden Stoß bekommen in die gerade entgegengesetzte Richtung, in die Richtung der proletarischen Machtergreifung.

der, der SI die Kampfeinheitsfront anzubieten. Doch die Stalinbureaucratie ist zu jeder politischen Wendung bereit, zu jeder opportunistischen, zu der abenteuerelichsten, um so eher zu einer richtigen Wendung. Afien dies nur unter der Grundbedingung, daß ihr Prestige dadurch nicht gefährdet wird! Denn ihre liebe Person oben behaupten, das ist in Wahrheit der oberste Grundsatz der Stalinbureaucratie, gehen dabei auch die kommunistischen Parteien, das Proletariat zugrunde. Die Stalinbureaucratie weigert sich, das Anbot an die SI zu machen, weil sie fürchtet, durch diese Wendung und ihre Folgen ihr nur auf bürokratischem Zwang und Betrug aufgebautes Prestige zu verlieren. Die internationale Kampfeinheitsfront muß durch die KI erzwungen werden; damit das die KI kann, müssen die Arbeiter, müssen vor allem die Kommunisten die Stalinbureaucratie zwingen, der Weg der leninischen Einheitsfronttaktik zu betreten, national und international.

Wenn die Einheitsfronttaktik nur Mittel ist, die SP zu entlarven, der demaskiert nicht die SP, sondern hilft ihr, sich erst recht maskieren zu können, der schädigt die KP, die proletarische Sache. Die KP will die proletarische Einheitsfront ernstlich und ehrlich um der Arbeiterklasse willen. Indem sie das will, indem sie durch richtige Politik die SP in die Kampfeinheitsfront zwingt, indem sie in der Kampfeinheitsfront immer ehrlich, immer richtig, angemessen den jeweiligen Bewußtsein der Arbeitermassen operiert, führt die ehrliche Einheitsfronttaktik dazu, daß sich die SP selbst im Bewußtsein der Massen durch deren Erfahrungen im Kampf entlarvt. Die Demaskierung des Klassencharakters der SP ist das objektive Nebenprodukt der ehrlichen, richtig durchgeführten leninischen Einheitsfronttaktik. Die KP braucht keine Einheitsfrontmanöver, verwirft sie, bekämpft sie. Als proletarische Klassenpartei im Interesse der Arbeiterklasse will und muß die KP wollen, die ehrliche Kampfeinheitsfront, sie kann und muß sie ehrlich, ohne Hintergedanken anbieten. Es liegt nur an der SP, sich nicht zu entlarven, indem sie für das von Massen gebilligte und von der SP unter dem Druck der Massen in den Verhandlungen angenommene

Aktionsprogramm in der proletarischen Einheitsfront gemäß dem Kampiprogramm Schuler an Schuler mit der KP tatsächlich kämpft. Um die proletarische Kampfeinheitsfront zustande zu bringen, dazu genügt nicht der ehrliche Wille, das ehrliche Anbot, dazu ist auch und vor allem nötig die richtige, nämlich die leninische Einheitsfronttaktik. Denn nur dann kann und wird die Kampfeinheitsfront erzwungen, wirklich hergestellt.

Die Arbeiter, vor allem die Kommunisten, müssen die stalinischen Hindernisse brechen: sie müssen der Stalinbureaucratie die leninische Einheitsfronttaktik aufzwingen. So setzen sie die KI, die KP in den Stand, die SP, SI in die Kampfeinheitsfront zu zwingen. So und nur so ist die proletarische Kampfeinheitsfront zu schaffen.

Die früheren „Anbote“

Immer wieder erzählt die Stalin-Bureaucratie, daß sie der SP die Einheitsfront schon wiederholt angeboten hätte. Das ist Lüge. Richtig ist, daß sie Anbote an unsere Organisationen richtete, mit dem Ziel, die Führung auszuscheiden. Aller Worte entkleidet, war das immer nur ein Ultimatum an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, unter Führung der KP zu kämpfen.

Als die Gefahr immer größer wurde, da haben die Stalin-Bureaucratie schließlich zwei- oder dreimal sich in der Tat an die sozialdemokratischen Spitzen gewendet, aber nicht mit einem Anbot, sondern auch mit einem Ultimatum. Sie erließen nämlich Auftritte an die Massen zum Generalstreik und forderten dann die SP und die Gewerkschaften auf, daran teilzunehmen. Das war kein Anbot der Einheitsfront, das war keine Bereitschaft, über ein gemeinsames Aktionsprogramm zu verhandeln, sondern sollte nur als Alibi dienen, um sich trotz der stalinischen Sabotage der Einheitsfront um die Verantwortung vor den Massen zu drücken. Um die Wendung für die KP, für das Proletariat herbeizuführen, ist es unumgänglich notwendig, die Verantwortung der Stalin-Bureaucratie zu erkennen, festzustellen und mit dem Stalinismus unerbittlich abzurechnen.

Hilfe den deutschen Arbeitern!

Internationaler Zusammenschluß gegen den Faschismus! - Kampfbündnis von KI und SI!

Ueber Deutschland rast die Barbarei. Was der Marxismus immer wieder vorausgesagt: entweder vorwärts zum Sozialismus, oder Versinken in Barbarei, in Deutschland ward es blutige Wahrheit. Entweder vorwärts zum Kampf — oder hinein in die Hölle des Faschismus!, so allein steht die Wahl.

Der deutsche Faschismus sucht sich machtpolitisch immer mehr zu festigen. Er zerschlägt die proletarischen Positionen, faschisiert den Staatsapparat, konzentriert, fusioniert alle bürgerlichen Positionen.

So aktiv der Nationalsozialismus politisch, wirtschaftlich rührt er sich nicht vom Fleck. Er weicht aus, verströmt auf seinen „Vierjahresplan“. Doch die Krise verschärft sich, die Arbeitslosigkeit wächst. Die Judenhetze soll die erstehende Unzufriedenheit im eigenen Lager ablenken. Statt Brot — Phrasen, statt Freiheit — Knute. Das wird sich bakt stärker spalten! Von seinem Unvermögen, wirtschaftlich irgendeine Besserung herbeizuführen, sucht der Faschismus seine eigenen Leute durch die Judenhetze abzulenken.

So bringt der Faschismus den deutschen Werktätigen statt Freiheit die in Oligantische gesteigerte Unterdrückung, statt Brot leere Phrasen!

Nicht einmal für ihre bürgerliche Demokratie haben die sozialdemokratischen Führer gekämpft. Der entscheidende Teil der sozialdemokratischen Führer hat feig vor dem Faschismus kapituliert.

Sie sind aus ihrer eigenen Internationale ausgetreten, um dem Faschismus zu zeigen, wie national sie sind.

Sie haben rundweg die proletarische Einheitsfront abgewiesen, um dem Faschismus zu zeigen, daß sie für die Einheitsfront sind mit der faschistischen Bourgeoisie. Sie haben, dem Nationalsozialismus

sich anbiedernd, den Sozialismus als „deutsche Sache“ erklärt.

Sie liefern durch die Leipart & Co. die Gewerkschaften der Faschisierung aus.

Das, was die SPD tat, übertrifft weit selbst ihren Verrat von 1914. Damals waren breite Arbeitermassen noch patriotisch für den Krieg und die SP-Führer setzten sich auf deren Rücken. 1933 waren die Arbeitermassen gegen den Faschismus kampfeingeschlossen, ein Wort der Sozialdemokratie hätte genügt und die gigantischen revolutionären Kräfte des Proletariats hätten den Faschismus in die Hölle geschmettert, den Weg zu einer besseren Zukunft freiliegend. Die Sozialdemokratie schwieg, kapituliert. Der Faschismus verdankt der SP seinen Aufstieg und seinen Sieg.

Die KPD sucht da und dort sich zu sammeln und selbst unter den faschistischen Bedingungen Aktivität zu entfalten. Sie verbreitet illegal Flugblätter, ja selbst die „Rote Fahne“ und organisiert einzelne kleine Abwehrkämpfe gegen den faschistischen Terror.

Die Stalin-Bureaucratie stellt das als Sieg dar. So erfreulich, ehrend diese Anstrengungen der Partei, der Kommunisten sind, es ist elender Schwindel, auf diese ersten Anätze illegaler Arbeit hin die niederschmetternde Niederlage als Sieg auszugeben. Die Stalin-Bureaucratie tut das, um die wirklichen Ursachen der Katastrophe zu verunkeln.

Der Stalinismus sagt, die Massen sind sei schuld. Das habe der Faschismus demagogisch ausgenutzt, dem seien breite Massen verfallen. Genau so sagt die SP, die Krise sei schuld. Die SP verschwagt, daß sie die Mobilisierung der Millionenmassen gegen die Krise verhinderte. Der Stalinismus verschweigt, daß er die Mobilisierung der Millionenmassen gegen die NS sabotierte.

Wo war die KPD, warum war sie nicht

*) Weil die Stalin-Bureaucratie bei den hinterweilen Anboten nicht Ernstliches tat, um die sozialdemokratischen Spitzen unter Massendruck zu stellen, darum und nur darum konnte es sich die SP überall leisten, das kommunistische Anbot durch zwei bis drei Wochen sogar höhnisch zu ignorieren und es schließlich mit lächerlichen, ja provokatorischen Argumenten abzulehnen. Infolge der grundsätzlichen stalinischen Taktik aber sind die kommunistischen Parteien wiederum in proletarisches verfallene Verfahren der SP im proletarischem Interesse in vollstem Umfange ausgenutzt.

Krise und Oesterreich

Die Krise geht weiter und verschärft sich. Nur von dieser grundlegenden Tatsache mit allen ihren Konsequenzen ausgehend, kann das Proletariat seiner Massenaktion die richtige Linie bestimmen.

Kapitalistisch kann die Krise — auch das bloß sehr vorübergehend — überwunden werden nur auf Kosten der Arbeiter und der Mittelschichten in Stadt und Dorf. Will die Bourgeoisie sich nicht selbst aufgeben — niemals in der Geschichte hat das eine Klasse getan — so muß sie das machen, was nötig ist, um sich als Klasse, um ihre Herrschaft, um ihr Wirtschaftssystem zu behaupten. Die Bourgeoisie ist in einer unausweichlichen Zwangslage: die kapitalistische Sanierung macht die offene kapitalistische Diktatur unvermeidlich.

Was die offene kapitalistische Diktatur in ihrer Endkonsequenz bedeutet, Deutschland zeigt es. Die österreichischen Arbeiter müssen die deutschen Konsequenzen auf sich nehmen oder sie müssen daran gehen, die entgegengesetzte Konsequenz zu ziehen. Wie man die deutsche Konsequenz nicht verhindert, in Deutschland haben das gezeigt die Sozialdemokratie, der Stalinismus. Alles, alles haben sie versucht, opportunistisches Auftrumpfen und Wenden, abenteuerliches Auftrumpfen und Poltern, nur nicht das Eine, Einzige, das allein hilft: den Weg der unerbittlichen proletarischen Konsequenz bis ans Ende. Auch die Arbeiterklasse ist in einer unausweichlichen Zwangslage: entweder sie wird Amboß wie in Deutschland oder sie muß Hammer sein bis zur Endkonsequenz. Ein Drittes gibt es nicht.

Die österreichische Bourgeoisie hat ein «legales» Regime der bürokratisch-polizeilichen Diktatur aufgerichtet und sucht die Nazidiktatur überflüssig zu machen, indem sie selbst deren Programm durchzuführen beginnt. Sie will so den großen Bürgerkrieg, die Nazidiktatur vermeiden. Die Sozialdemokratie in ihrem tatsächlichen Verhalten toleriert das.

Aber die Krise geht weiter! Alle Maßnahmen des bürokratisch-polizeilichen Regimes ändern nicht daran, daß sich die Lage der werktätigen Massen, auch der Mittelschichten, in Stadt und Dorf und fort ungeheuerlich verschlechtert. Darum schwindet den regierenden Parteien, vor allem den Christlichsozialen, die Massenbasis und auch die Sozialdemokratie verliert an Anhang. Die Nazi wachsen.

Wohl wird die Nazidiktatur die wirtschaftliche Lage der werktätigen Massen nicht bessern, sondern im Gegenteil noch katastrophaler verschlechtern, auch die Lage der Mittelschichten in Stadt und Dorf. Doch das ist ein späteres Kapitel. Kein Wort vermag verzweifelnde Massen zu überzeugen und selbst der Hinweis auf die sichtbare Erfahrung in Deutschland vermag wenig. Was für die Massen überhaupt, das gilt millionenfach für Massen in Verzweiflung: sie glauben überhaupt nur, was sie am eigenen Leib erleben.

Die regierenden Parteien suchen ihre schwindende Massenbasis zu ersetzen durch Verstärkung des staatlichen Machtapparats. Das hemmt nur vorübergehend den Prozeß, der überhaupt vermöge innerer und äußerer Umstände in Oesterreich langsamer vor sich geht als in Deutschland. Aber er geht vor sich und mit derselben unvermeidlichen Konsequenz wie in Deutschland. Gehen die Dinge in Oesterreich so weiter, bleibt die Arbeitermasse weiter passiv, treibt die SP weiter Tolerierungspolitik, so kommen in Oesterreich unvermeidlich längstens in einigen Monaten die Nazi dran.

Die Stalin-Bürokratie ruft: Faschismus oder Sozialismus, faschistische oder proletarische Diktatur, so sei heute in Oesterreich die Frage gestellt. Ein kurzer Blick auf die stalinistische, das ist jedes Massenvertrauens ledige und innerlich zersetzte KPOe genügt und diese ultralinke Seifenblase zerstäubt.

Nicht die proletarische Diktatur steht heute auf der Tagesordnung, aber die Verteidigung der wirtschaftlichen, der sozialen, der demokratischen Rechte der Arbeiter, mit einem Wort: die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie.

Daß die Sozialdemokratie für den Sozialismus nur mit dem Maul ist, das sehen

schon die Blinden. Doch jetzt zeigt sich, daß die SP selbst für die bürgerliche Demokratie auch nur mit dem Maul ist. Was hat sie 1918/20 zum dauernd wirksamen Schutz der Demokratie gegen die Konterrevolution vorgekehrt? Papier, nichts als Papier. Was hat sie der planmäßigen gegenrevolutionären Unterwühlung der Demokratie in den darauffolgenden Jahren entgegengesetzt? Phrasen, nichts als Phrasen. Und was tut sie heute, da die Demokratie von der Gegenrevolution liquidiert wird? Nichts, gar nichts, als Kraftphrasen, Phrasen.

Warum dies sogar heute, angesichts der deutschen blutigen Warnung? Weil heute, auf der Grundlage der sich verschärfenden Niedergangskrise des Kapitalismus selbst die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie mit kleinbürgerlicher Politik nicht mehr möglich ist, sondern einzig und allein nur noch mit konsequent proletarischer Politik, die die unausweichlichen Endkonsequenzen unerschrocken ins Auge faßt und darnach entschlossen vorgeht, handelt. Gerade das ist die besondere Eigenart der heutigen Lage.

Wozu der Betrug?

Krampfhaft bemüht sich die Stalin-Bürokratie, um über den Bankrott ihrer Politik hinwegzukommen, die Niederlage in Deutschland als — Sieg vorzuschwindeln. Dabei kommt sie in die tollsten Widersprüche:

«Der blutige Terror und die Massenverhaftungen haben die Tätigkeit der KPD nur stellenweise und zeitweilig zu unterbrechen vermocht. Sie kommt überall immer stärker wieder in Gang... Besondere Begeisterung erweckte unter den Berliner Arbeitern das Wiedererschauen der 'Roten Fahne' in vierseitigem Buchdruck. Das Blatt wird sogar auf den Straßen Berlins verbreitet... Die Straßenzellen verbreiten Rotationsabzüge der RF als Häuserblockzeitung.» («Die KPD ungebrochen im Kampf», Rundschau Nr. 7.) Also ist eigentlich nicht viel geschehen. Doch heißt es in demselben Artikel: «20.000 Funktionäre wurden verhaftet, 100.000 sind von der Verhaftung bedroht. Die gesamte KPD-Pressen ist mundtot gemacht. Alle Versammlungen werden verboten. Alle Flugblätter beschlagnahmt. Hausdurchsuchungen ohne Ende...» (Wir haben übrigens Nachricht, daß die stalinistischen Nachrichten über stalinistische Aktivität stalinistische Erfindungen sind. Zum Beispiel wurden die beiden Flugblätter über den «Riesenerfolg der Wahl» und «Rettet Thälmann!» überhaupt nicht verbreitet. Die Stalin-Bürokratie greift zu Erfindungen, um die Arbeiter und Kommunisten außerhalb Deutschlands über den katastrophalen Umfang des stalinischen Bankrotts zu täuschen.

«Alle hatten sich verbündet, um ihr einziges, ihr großes Ziel zu erreichen: die Vernichtung der Kommunistischen Partei! Das ist ihnen nicht gelungen! Die KPD steht ungebrochen! Ihre Kraft ist nicht bezwungen. Ihr Kampfwille ist nicht gelähmt... Ihr Kern, ihr Rückgrat konnte nicht getroffen und nicht gebrochen werden... Und das Resultat? Die Nazis und die Schwarz-weißrotten haben eine Mehrheit von 51 Prozent erreicht. Ein Sieg? Ein Pyrrhus-Sieg! Dem Nazi-Sieg wohnen die Kerne der Niederlage des Faschismus inne.» («Trotz alledem! Mit der KPD vorwärts zum Sturz der Hitler-Diktatur!», Rundschau Nr. 7.) — In demselben Artikel: «Der 5. März ist der Triumph der Blutsauger und Schmarotzer, all der, die von der Ausbeutung leben, all der, die sich auf Kosten der Arbeiter mühen.»

Die «Pravda» schreibt: «Der glänzende Erfolg der KPD bei ihrer Taktik besteht darin, daß sie es angesichts des Terrors, der Provokationen und des gemeinen Verrates der sozialdemokratischen Führer verstand, ihre Kräfte aus dem Gefecht herauszuführen, ihre Kadern zu erhalten und den Kampf unter neuen Verhältnissen fortzusetzen.» Die Wiener «RF» vom 5. April schreibt: «Die Frage, ob es gelingt, die Arbeit der Partei durch Massenterror zu vernichten, ist bereits mit nein entschieden.» (die deutschen Arbeiter setzen sich zur Wehr).

Dieselbe RF aber schreibt am 6. April unter der Überschrift «Hitler, der deutsche Horthys»: «In einer Konferenz der Regierungsparteien erklärte Gombös, ... das,

Das Kleinbürgertum, das die SP führt, schreckt zurück vor der unausweichlich gestellten Alternative. Sie sind ehrliche, brave, biedere Demokraten, die Demokratie ist ihnen sehr, sehr wichtig. Doch bevor die Wiederherstellung der Demokratie mit konsequent proletarischer Politik zu erkämpfen, mit den sich daraus ergebenden Perspektiven, ziehen sie lieber vor, die kapitalistische Bürokraten- und Polizeidiktatur zu tolerieren, um schließlich auch vor der Nazidiktatur zu kapitulieren.

Die Arbeitermassen müssen die Sozialdemokratie auf die Linie der konsequent proletarischen Politik stoßen, indem sie sie zur Kampfeinheitfront mit der KP zwingen. Denn nicht ein Zahlenproblem ist die Kampfeinheitfront, wie die sozialdemokratischen Führer vorschwindeln, sondern ein Problem der grundlegenden politischen Wendung! Die SP zum Bündnis mit der KP zwingen, heißt sie von der verträtschen Koalitions- und Tolerierungspolitik stoßen auf die Linie des konsequent proletarischen Kampfes.

Arbeiter! Erzwing die Einheitfront von SP, KP, Gewerkschaften zum Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie!

was jetzt in Deutschland gemacht wurde, habe Ungarn schon im Jahre 1918 erlebt... Und in derselben Nummer im Artikel «Hölle Drittes Reich» heißt es: «Die Zahl der Ermordeten geht in die Hunderte, die der Gefolterten in die Tausende. Die Zahl der Gefangenen und der in den Konzentrationslagern Zusammengetriebenen wird verschieden zwischen 20.000 und 80.000 geschätzt... Und am 8. April schreibt die RF im Leitartikel: «Aber das Feuer, das dieser Spottgeburt fehlt, streckt Hunderte von Arbeitern und Funktionären auf der Flucht nieder; es schießt Tausende in den Kerker und die Konzentrationslager; es frißt an den primitivsten Rechten der Arbeiter, an ihrem Lohn, an ihrer Arbeitslosenunterstützung; es frißt von ihren kargen Einkünften als Steuer und Zoll einen Großteil weg; das Feuer, das dieser Spottgeburt fehlen mag, umgibt die Arbeiterschaft mit gefährlichem stickigen Rauch. Diese Spottgeburt ohne Feuer, diese Gegenrevolution ist nicht anders als der Faschismus.»

Also es ist die Gegenrevolution, es ist der Faschismus, aber es sei keine Niederlage, es sei nur ein Pyrrhus-Sieg, und in dem blödsinnigen Hetzflugblatt des österreichischen Stalin-ZK gegen die LO heißt es gar, «die Reaktion hat heute nur einige scheinbare Siege errungen...»

Wozu dieser Betrug? Die erste Voraussetzung, eine Wendung für das Proletariat herbeizuführen, ist, den Arbeitern sagen, was ist, die volle, ungeschminkte Wahrheit. Doch gerade das will der Stalinismus nicht tun. Denn er fürchtet die sofortige zweite Frage nach den Ursachen der furchtbaren Niederlage. Er fürchtet diese Frage, weil er fürchtet, daß seine Mitschuld, seine Mitverantwortung an den Tag kommt, er fürchtet um sein Prestige, um seine Stellung. Die Stalin-Bürokratie will oben bleiben, alles andere ist ihr Wurst, so lügt sie die Niederlage in Sieg um, so wie sie schon zehn Jahre lang die Arbeiter, die Kommunisten anlügt.

Die Arbeiter, die Kommunisten vor allem, müssen die reine, ungeschminkte Wahrheit sehen: erst das schafft die Möglichkeit, erste Schritte auf dem Wege nach aufwärts zu tun aus der heutigen Tiefe. Den harten Tatsachen fest ins Auge blicken, an ihnen die Politik der letzten Jahre ernsthaft überprüfen: nur so kann die Niederlagenpolitik des Stalinismus überwunden werden, kann die Umstellung von KI, KP auf die Linie von Marx-Lenin herbeigeführt, nur so kann die Wendung für die Arbeiterklasse in die Wege geleitet werden.

Stalinistische Verleumdung

Die Stalin-Bürokratie kramt damit herum, daß wir die Forderung stellen, die Sowjetunion müsse den deutschen Arbeitern helfen, indem sie die Handelsbeziehungen zu Deutschland abrechne und die Rote Armee gegen Deutschland mobilisiere. («RF» 5. April.) Glatte Lüge! Die Stalin-Lügner mögen eine einzige Stelle in der «Arbeiter-Stimme» zeigen, wo wir diese oder eine ähnliche Forderung aufstellten. Unsere Ansicht darüber war und ist diese:

Instande, die Massen eben gegen die Massennot zu mobilisieren? Will die Politik der KPD grundsätzlich ist, stalinistisch! Weil ihre Politik darauf hinausläuft, die Avantgarde ins Feuer zu schicken, statt durch die Avantgarde die Millionenmassen in Schwung zu setzen. Der Stalinismus hat nicht nur nicht die Massen mobilisiert, er hat die Avantgarde selbst zermürbt, zersetzt.

Der Stalinismus sagt, die Sozialdemokratie sei schuld. Ja, die SP hat veratret, sie hat Brüning toleriert, dann Papen, dann Schleicher, dann Hitler. Sie hat immer die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie gesucht und die Massen vom Kampf abgehalten, eingelullt, gelähmt.

Doch wo war die KPD? Warum war sie nicht instande, die Massen angesichts des in die Augen schlagenden Verrates der SP deren Einfluß zu entreißen? Um diese Frage drückt sich die Stalin-Bürokratie!

Sie sagt: «Heute fühlt doch jeder Arbeiter, daß Hitler in Deutschland nur darum vorläufig siegen konnte, weil die Kommunisten noch viel zu wenig Arbeiter dem Einfluß der verräterischen SP entreißen konnten.» («R. F.», 2. April.) — «Aber die Kommunistische Partei erwies sich noch nicht als stark genug, um durch den von ihr allein organisierten revolutionären Massenkampf, bei erbittertem Entgegenwirken der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie, die Machtergreifung durch die Hitler-Leute zu verhindern.» («R. F.», 5. April.) — «Die revolutionären Arbeiter haben die lebendige Verbindung mit den Arbeitermassen in den Betrieben und Massenorganisationen viel zu wenig berücksichtigt.» («R. F.», 5. April.)

Ja, die SPD hat veratret! Und trotzdem konnte die SPD alles machen, weil die Stalinpolitik die Partei, die Kommunisten, die revolutionären Arbeiter hinderte, die Massen zu gewinnen, zu mobilisieren.

Bevor der Faschismus beginnen konnte, der KPD die Knochen zu brechen, hat der Stalinismus ihr den Geist gebrochen und sie so unfähig gemacht, von ihren Gliedern zweckmäßigen Gebrauch zu machen. Der Stalinismus hat die KPD kampfunfähig gemacht und sie so wehrlos dem Faschismus ausgeliefert.

Was tut zu tun?

International und in Deutschland besonders werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer größer. Das faschistische Regime wird dadurch empfindlich geschwächt. Der Faschismus hat allen alles versprochen und kann nun nichts halten. So wahr das ist, das allein hilft der Arbeiterklasse gar nichts. Nur richtige, initiative, aktive Politik vermag die wachsenden Schwierigkeiten, Widersprüche, Gegensätze auszunutzen, nur eine Politik, die die Zusammenfassung der proletarischen Klassenkraft ermöglicht, verwirklicht.

Die deutsche Frage ist heute in noch weit höherem Maße eine internationale Frage, als sie es schon vor Jahren, vor Monaten war. Heute sind die Positionen des deutschen Proletariats so weit zerschlagen, daß erst da und dort, in lokalem Maßstab, Widerstandszentren entstehen. Das deutsche Proletariat allein kann sich nicht mehr helfen. Der Schwerpunkt international und in Deutschland ist die internationale proletarische Einheitsfront.

Die SP will die Kampfeinheitfront nicht, wird sie nie wollen. Sie muß zur Einheitfront gezwungen werden durch die Massen. Doch die Massen setzen sich nicht von selbst in Bewegung, um diesen Druck auf die sozialdemokratischen Spitzen auszuüben. Dazu bedarf es der richtigen Einheitsfrontaktion der KI, KP. Darum muß die KI das Einheitsfrontangebot richten an die Sozialdemokratische Internationale, die Sozialdemokratische Anbot! Jede Stunde des Zögerns erhöht die faschistische Gefahr für Mitteleuropa, ganz Europa, die imperialistische Weltgefahr für Sowjetrußland. Gelingt das, so werden mit dem Weltproletariat auch die deutschen Arbeiter belebt, so erhält der proletarische Kampfwille in der ganzen Welt verstärkten Anstoß und es beginnt die Verstärkung der Klassenkräfte zugunsten der Arbeiter in der ganzen Welt, auch in Deutschland.

Zeichnet PRESSFOND!

Wir haben vor einhalb Jahren perspektivisch ausgesprochen, daß die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland die Mobilisierung der Roten Armee herbeiführen müsse. Das hatten wir auch heute für richtig. Die durch den Sieg des Faschismus in Deutschland außerordentlich wachsende Gefahr des Kriegsüberfalls gegen die Sowjetunion muß das herbeiführen. Aber die Forderung nach Mobilisierung der Roten Armee (bzw. des Abbruchs der Handelsbeziehungen) haben wir nicht gestellt und stellen sie auch heute nicht.

Wir waren und sind der Ansicht, daß es unumgängliche internationale Pflicht ist, den deutschen Arbeitern zu helfen, und zwar auch um der Sowjetmacht willen. Wir haben als entscheidendes Mittel hierzu immer wieder verlangt, und verlangen auch heute die sofortige Herstellung der internationalen proletarischen Klassenfront, herbeigeführt durch die Initiative und richtige Einheitsfronttaktik der Kommunistischen Internationale, verwirklicht durch das Kampfbündnis von KI, SI, Gewerkschaften.

Wir waren und sind der Ansicht, daß zur wirksamen Verteidigung der Sowjetmacht über die internationale Kampfeinheitsfront hinaus unumgänglich notwendig sind politische: die vollkommene Wendung vom Stalinismus zum Leninismus — organisatorisch: die Wendung vom bürokratischen Parteiregime Stalin zu leninischen Parteidemokratie.

Ohne diese Grundbedingungen wäre die Mobilisierung der Roten Armee (auch der Abbruch der Handelsbeziehungen) ein Abenteuer. Ohne diese Grundbedingungen wäre die Rote Armee nicht imstande, den deutschen Arbeitern zu helfen, ja, nicht einmal imstande, die Sowjetmacht wirksam zu verteidigen. Nur bei Erfüllung dieser Grundbedingungen könnte und würde die Rote Armee ein entscheidendes Wort sprechen. Und in diesem Falle würde sie helfend sitzen.

Sozialdemokratische Parteien verschiedener Länder (insbesondere die tschechische) hätten phäntastisch die Frage nach dem Abbruch der Handelsbeziehungen, nach der Mobilisierung der Roten Armee aufgeworfen, um dadurch die verräterische Passivität der SP, ihr verräterisches Verhalten der Kampfeinheitsfront zu bemängeln.

Manche ehrliche kommunistische Arbeiter haben diese Frage aufgeworfen, weil sie mit Recht der Ansicht sind, daß die heilige Pflicht besteht, der deutschen Arbeiterschaft auch und vor allem durch internationale Aktion zu helfen. Ihr Irrtum besteht nur darin, daß sie ihr Augenmerk auf eine abenteuerliche Form der internationalen Aktion richten, statt die ganze Kraft auf die Form zu konzentrieren, die heute allein hilft: das durch die Initiative und richtige Taktik der Kommunistischen Internationale herbeigeführte sofortige internationale Kampfbündnis von KI, SI, Gewerkschaften auf der Basis eines konkreten, vom Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeitermassen unbedingt annehmbaren Aktionsprogramms.

Gerade darum drückt sich die verbrecherische Stalin-Bürokratie. Und um dieses ihr Verbrechen zu verschleiern, um zu verhüllen, daß sie in der entscheidenden Frage der internationalen Kampffront nichts macht, außer ebenso unsinnige wie gauerische Manöver, eben darum kommt sie mit der Verleumdung, daß wir den Abbruch der Handelsbeziehungen, die Mobilisierung der Roten Armee verlangen. Arbeiter, Kommunisten! Legt den stalinischen Lügern das Handwerk, indem ihr vor allem erzwingt, daß die KI sofort das Anbot der Kampfeinheitsfront richtet, unmittelbar auch an die SI!

Arbeiterkulturbund
„Spartakus“
Bildungsabend: Wegen der Feiertage verschoben auf Donnerstag, den 20. April im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, abends 7,30 Uhr.
23. April: Zusammenkunft 7,30 Uhr Endstation 477. Ueber: Schottenhof zur Rohrerhütte. Dasselbe, Nachmittags-Treffpunkt 7,30 Uhr.
30. April: Zusammenkunft 7,30 Uhr Endstation Potzleinsdorf. Ueber den Dreimarkstein zur Rohrerhütte. Dasselbe Treffpunkt im Gasthaus am Waldrand, 7,30 Uhr.
1. Mai: Nachmittags-Treffpunkt um 4 Uhr bei der Weberhütte (unterhalb des Kahlenberges).

Aus der Bauarbeiterbewegung

Zum Lohnkampf

Böhm ist, wie schon bei der letzten Sitzung der Lohnkommission angedeutet wurde, an Bürgermeister Seitz herangetreten, er möge bei den Lohnverhandlungen die Vermittlung übernehmen. Seit hat nun die Vermittlung übernommen. Statt sich aber mit der gesamten Lohnkommission über die Verhandlungsbasis auseinanderzusetzen, wurde von ihm nur eine Vertretung von zehn Mann bewilligt. Böhm arrangierte das so, daß ohne Befragung der Lohnkommission die für die Zwecke der Bürokratie-Verbindlichkeiten herausgesucht wurden. Von diesen zehn Vertretern der Bauarbeiter waren vier Gewerkschaftsbeamte. Nicht einmal die engere Lohnkommission wurde befragt. Die Sitzung mit Bürgermeister Seitz fand am 28. März statt. Die Aussprache dauerte drei Stunden. Obwohl die letzte Sitzung der Lohnkommission am 24. März beschlossen hatte, keinen Groschen Lohnabbau zuzulassen, war Seitz der Meinung, man müsse 1 Prozent Lohnabbau als Verhandlungsbasis bieten und schließlich bei höchstens 3 Prozent Lohnabbau abschließen. Diese ohne Wissen der Bauarbeiter zusammengestellte Vertretung leistete keinen Widerstand gegen diese Zustimmung. Es war auch Stadtrat Weber anwesend, der auf einen möglichst raschen Abschluß des Kollektivvertrages drängte und versprach, daß heuer mehr als 4000 Wohnungen von der Gemeinde gebaut werden würden. Solange aber der Vertrag nicht abgeschlossen sei, würde keine Arbeit vergeben werden. Seit hat aber selber noch nicht Zeit gefunden, mit den Unternehmern Fühlung zu nehmen. Die Gemeinde Wien verlangt zwar von den Unternehmern, soweit die Arbeiten schon vergeben sind, das Einhalten der alten Kollektivverträge. Nun muß aber die Frage aufgeworfen werden, ob das Zurückhalten der anderen Arbeiten den Bauarbeitern wirklich hilft oder ob diese Taktik nicht vielmehr zum Schaden der Bauarbeiter aus-

schlägt. Diese Taktik übt keinen Druck aus auf die Unternehmer. Es ist die alte Linie der Bürokratie, nämlich die des «Wirtschaftsfriedens», des jeden Kampfs auszuweichen. Wenn die Bauarbeiter keine Arbeit haben, weil die Gemeinde keine vergibt, so können sie auch nicht streiken, um die Lohnsenkung zu verhindern. Wer kann die Arbeitslosigkeit länger aushalten: die Arbeiter oder die Unternehmer? Leistet hier die Gemeinde Wien nicht vielmehr den Unternehmern einen guten Dienst, um durch noch längere Arbeitslosigkeit (4000 sind ausgesteuert) die Bauarbeiter noch mehr zu zermürben? Schmeiße! Hat dann die Gewerkschaftsbürokratie das Argument bei der Hand, die Arbeiter wollen gar nicht kämpfen, sind zu wenig organisiert und so weiter? Wir Bauarbeiter müssen in unserem Interesse von der Gemeinde verlangen, daß sie, statt die Arbeiten zurückzuhalten, sie dieselben möglichst rasch vergibt.

Festhalten an dem Beschluß der Lohnkommission! Also: Keinen Groschen Lohnabbau! Die Gewerkschaft muß die Bauarbeiter auf Kampf einstellen!

Im 20. Bezirk am Engelsplatz, Gemeindebau, hatte die Gewerkschaft für den 6. April eine Baubesprechung einberufen. Vier Tage lang waren die Ankündigungen ausgehängt. Der Gewerkschaftsbeamte Walter sollte sprechen. Als am 6. April, halb 1 Uhr mittags, die Arbeiter zusammenkamen, wurde die Versammlung abgesagt. Der Betriebsratsobmann erklärte, er wolle sich vor den Arbeitern nicht lächerlich machen.

Auf dem Bau im 19. Bezirk, Steveringerstraße 19, sind am 7. April die Arbeiter der Firma Neumann in den Streik getreten. Die Firma will nicht nach dem alten Vertrag zahlen.

Freitag, den 21. April, halb 8 Uhr abends: Sitzung der Fraktion komm. Bauarbeiter (L. O.) im vereinbarten Lokal.

Eine Zusammenfassung der linksoppositionellen Grundauffassungen

(Fortsetzung)

Die oben aufgezählten Grundprinzipien, die für die proletarische Strategie in der heutigen Epoche von grundlegender Bedeutung sind, stellen die Linke Opposition der gegenwärtig in der UdSSR und in der KI herrschenden zentralistischen Fraktion unversöhnlich gegenüber. Die Anerkennung dieser Grundsätze auf Basis der Beschlüsse der ersten vier Kongresse der Komintern ist eine unerlässliche Bedingung für die Aufnahme einzelner Organisationen, Gruppen und Personen in den Bestand der internationalen Linken Opposition.

Fraktion und nicht Partei

Die internationale Linksoption betrachtet sich als Fraktion der Komintern, wie die einzelnen nationalen Sektionen als Fraktionen der nationalen Kommunistischen Parteien. Das bedeutet, daß die Linke Opposition das von der stalinischen Bürokratie geschaffene organisatorische Regime nicht als endgültig betrachtet.

Im Gegenteil, sie stellt sich zum Ziel, das Banner des Bolschewismus aus den Händen der usurpatorischen Bürokratie zu entreißen und die Kommunistische Internationale wieder auf die Grundlagen von Marx und Lenin zu bringen. Daß eine solche Politik unter den gegebenen Bedingungen die einzig richtige ist, ist durch die theoretische Analyse wie durch die geschichtlichen Erfahrungen gleichermaßen erwiesen.

Obwohl die besonderen Bedingungen Rußlands den Bolschewismus schon im Jahre 1912 zum endgültigen Bruch mit dem Menschewismus geführt hatten, blieb die bolschewistische Partei weiter in der Zweiten Internationale bis zum Ende des Jahres 1914. Es war die Lehre des Weltkrieges notwendig, um die Frage einer neuen Internationale zu stellen; es war die Oktoberrevolution notwendig, um die neue Internationale ins Leben zu rufen.

(Schluß und unsere Stellungnahme folgen)

Schluß mit der Prinzipienlosigkeit!

Die Leitung der Mahnrufgruppe wendet sich in einem Offenen Brief an alle Oppositionellen und an alle Kommunistischen Organisationen mit der Aufforderung, sich föderalisch zusammenzuschließen zu einem Oppositionellen Kampfblock. Sie wendet sich an Prinzip, sie fordert nur oppositionelle Einstellung überhaupt zum stalinischen Regime in der immer Opposition aus welchem Grunde. Die Mahnrufung wendet sich also auch an die Rechtsopposition (Brandier-Fraktion), der Kopien-Garnitur durch die Schlämmantenne; ihr Prinzip ist die Stalinische, Generalobjektive Auswirkung ist: sie ist Brücke zur Sozialdemokratie.

Die Mahnrufung wendet sich also auch an die Tomar-Fraktion. Das Ziel der Tomar-Kopien-Garnitur durch die Ersetzung der Tomar-Fraktion durch die Tomar-Garnitur — falls das aber nicht gelingt anderwärts — die Umgruppierung zur sozialdemokratischen Rutenfraktion; die Linie der Tomar-Fraktion ist

einerseits die Stalinische Generallinie — andererseits die Linie der Umgruppierung auf die Linie der SP; darum unterläßt sie jede revolutionäre Kritik am Stalinismus und jede revolutionäre Abgrenzung von der SP; ihr Prinzip ist demnach also die Prinzipienlosigkeit; ihre objektive Auswirkung ist die Zersetzung der KP.

Die Mahnrufung wendet sich an alle Oppositionellen, also z. B. auch an die vielen, deren ganze Opposition darin besteht, daß sie von der Partei persönlichen Vorteil für sich verlangen.

Die Mahnrufung wendet sich an alle, obwohl sie weiß, daß es «unter ihnen viele Meinungsverschiedenheiten sowohl im Ziel als auch in den Methoden des Kampfes politischer und prinzipieller Natur gibt». Das Vorgehen der Mahnrufung ist prinzipienlos, fördert nicht, sondern schädigt die linksoppositionelle Sache, also die Gesundheit der KP, also den proletarischen Kampf. Schritt als der proletarisch-revolutionären Sache schädlich und fordern alle Linksoppositionellen, alle oberflächlichen Kommunisten, alle ab-

heben Revolutionäre auf, diese Prinzipienlosigkeit nicht zu unterstützen, sondern grundsätzlich zu bekämpfen.

Die Mahnrufung hat dieselbe Prinzipienlosigkeit schon einmal unterommen: vor drei Jahren, als sie zur Zusammenfassung aller Oppositionsgruppen auch an die Rechten herantret.

Die Mahnrufung hat: sodann im Winter 1931 prinzipienlos die linksoppositionelle Plattform verlassen und sich prinzipienlos auf einer Stalinistischen Plattform geeinigt mit dem damals in schmachlicher Kapitulation befindlichen Graf-Stift.

Die Mahnrufung gehört prinzipienlos an einer prinzipienlosen internationalen Fraktion.

Die Mahnrufung betreibt und betreibt von der ersten Stunde ihrer Geburt an bis heute Prinzipienlosigkeit, Verworfenheit. Die einzige Wirkung ihrer Arbeit ist Verwirrung verbreiten, die Verworfenheit steigern, die Klüftung der Arbeiterklasse und der Kommunisten insbesondere erschweren. Doch diese Klüftung schreitet vor durch unsere Arbeit trotz alledem und alledem. Und sie wird über die Mahnrufung hinweggeschrieben, wenn sie nicht radikal und schneidrig leidet macht auf ihrem Wege.

Schluß mit der Prinzipienlosigkeit! Schluß mit den prinzipienlosen Versuchen, alle Oppositionellen, alle oppositionellen Gruppen zusammenzulassen! Brecht ehrlich und offen mit der Prinzipienlosigkeit, indem ihr ehrlich und offen eure internationalen Fraktionen der Prinzipienlosigkeit als prinzipienlos verworft und mit ihr brecht — dann kann zwischen uns gesprochen werden, zwar nicht über den Kampfblock aller, aber über den Kampfblock, ja über die Einigung unserer Organisation mit eurer Gruppe, die wir im April 1928 ausgeschrieben haben wegen schwerer politischer Abweichungen (hartnäckige konservative Tendenz des Leugnens des proletarischen Klassencharakters der Sowjetunion, siehe «Arbeiter-Stimme» Nr. 20, April 1928), wegen schwerem Vertrauensbruch, wegen Inzidentmethoden und schwer schädigendem Verhalten überhaupt. Obwohl alle Kräfte, denen es ernst um die Parteidemokratie ist, uns zustreben, zu euch aber niemand kommt, dafür aber gar manche eure schwächlichen Reihen verlassen, und obwohl wir weitaus stärker sind als ihr und im Wachstum, während ihr hoffungslos verkümmert — und obwohl wir nach all dem, was ihr euch in den Jahren politisch, organisatorisch, moralisch geleistet habt, berechtigt wären, mit euch scharf ins Gericht zu gehen — so denken wir keine Kommunisten, keine Revolutionäre gegenüber an Rache, was immer uns angeht haben mag — und uns würde in den zehn Jahren Jahren viel sehr viel angeht! — sondern denken nur an Rettung, Wendung der proletarischen Sache, Gesundung der Kommunistischen Partei. Keine Rache, keine Demütigung, aber Sicherung der geistlichen Arbeit, darum geht es uns. Macht ehrlich und offen Schluß mit der Prinzipienlosigkeit, dann können wir zusammen kameradschaftlich sprechen und kameradschaftlich die geistliche politische Zusammenarbeit verwirklichen in einer Organisation.

Leitung der KPÖ (Linksoption).

Richtigstellung einiger Druckfehler

In Nr. 124 muß in der Spitze «Sofortige Rückberufung der Linksoption» im zweiten Absatz der dritte Satz wie folgt lauten: «Und nun, ohne die geringste Vorbereitung, wie aus einer Pistole geschossen, bietet die Stalin-Bürokratie der SP an die Einheitsfront, noch dazu unter opportunistischen Verzicht auf die revolutionäre Kritik während der Kampfeinheitsfront».

In derselben Nummer lautet richtig der neunte Absatz des Artikels «Gewerkschafts-Gesundung» wie folgt: «Die Gewerkschaften von der kleinbürgerlichen Politik betreiben, sie zurückzuführen auf die proletarische Klassenlinie, das ist die revolutionäre Linie, darin besteht die Grundaufgabe der Gesundung der Gewerkschaften. Zwei Dinge sind dazu grundsätzlich notwendig».

Im zwölften Absatz desselben Artikels lautet der erste Absatz richtig so: «Die revolutionären Gewerkschafter müssen sich zusammenschließen zur innergewerkschaftlichen revolutionären Opposition, nicht um neue Gewerkschaften zu gründen, sondern um die bestehenden Gewerkschaften zu gesunden».

Aus der Opposition

- Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation XVII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation XX. Jeden Dienstag um halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal.
- Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends im bekannten Lokal.
- Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die Arbeiter-Stimme werden entgegengenommen. Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends im Kommune-Keller Eggberg, Rochelgasse 52.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Kommunistischen Partei Österreichs (Linksoption): Max Stöckhert, Arbeiter-Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: «Invas», Wien, VII.